

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 216 Nr. 20

Bezugspreis: monatlich RM. 100,- mit Geschäftsgebühr, Bezahlungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungs- und andere Anstalten entgegen.
Halle-Saale: Feigbergers Straße 61/62. Fernruf Central 7801.
Sonntags von 7 Uhr an Redaktion 3000 und 3100. - Postfach 1000. Leipzig 10 512
Halle-Saale
Sonntags, 13. Januar 1923

Erweiterung der Besetzungszone

Gelsenkirchen besetzt

Essen, 12. Januar.

Der Truppenzug hielt fast die ganze Nacht über und auch in den heutigen Vormittagsstunden an. Die Truppen haben weiter Mettmann, Dorf-Cascher und Selbst besetzt. Gelsenkirchen ist gestern Abend besetzt worden.

Bei der Eisenbahnstation Essen sind für heute erneut 48 Säge mit Truppen und Material angekommen, die heute morgen einreisen sollen. Danach ist damit zu rechnen, daß weitere größere Truppenformationen im Aufgebote untergebracht werden sollen. Bis heute mittag war Dortmund entgegen anders lautenden Meldungen noch unbesetzt.

Die Besetzung von Bochum wird für heute bestimmt erwartet. Von Gelsenkirchen aus soll auch der Weitermarsch nach Dortmund erfolgen.

Die Industrie unter Frankreichs Befehlen

Essen, 12. Januar.

Der Regierungspräsident für Düsseldorf, Günther, hatte gestern Abend von dem französischen kommandierenden General des Rheinlandes Düsseldorf ein Schreiben erhalten mit der Aufforderung, die in einer Liste namhaft gemachten Betriebe der Eisen- und Kohlenindustrie an einer Besprechung teilzunehmen, die heute vormittag um 10 1/2 Uhr im Rathaus in Essen beginnen sollte. Die Besprechung hat heute vormittag stattgefunden. Anstelle der namhaft gemachten Betriebsleiter erschienen, an der Besprechung nahmen ferner Beamte der Berginspektion und Vertreter des Arbeitgeberverbandes Essen, sowie des Bergbauvereins teil. Demnach ist die Besprechung als auch an einer weiteren in Düsseldorf abgehaltenen Besprechung waren Teilnehmervertreter nicht erschienen und nicht eingeladen. An der heutigen Besprechung nahmen ferner teil der zweite Bürgermeister von Essen Dr. Schaefer, der Landrat von Essen sowie als Vertreter der Staatsregierung Regierungspräsident Günther, Grubner, Simon, sowie General Danigues, der Oberdelegierte für die deutsche Zivilverwaltung in Düsseldorf. Zur einen Seite des französischen Generals Simon war ein belgischer Ingenieur, auf der anderen Seite der französische General-Bergbauinspektor Goff, der, wie bekannt, einerseits in Oberloosen die Kohlenverwaltung zu regeln hatte.

Der französische General gab zwei Verordnungen bekannt und zwar erstens die Vollmacht der Kontrollkommission und zweitens die Kontrollmaßnahmen der Kohlenmission. In dieser Verordnung wurde der Kohlenmission die Befugnis gegeben, das Kohlenprodukt nicht mehr in Essen belassen, weiter müssen von französischer Seite Aufsuchungsbestimmungen durch den General-Bergbauinspektor Goff mitgeteilt.

Der Regierungspräsident von Düsseldorf hatte bereits auf den Befehl des französischen Generals, alles zu tun, was zur Durchführung der Maßnahmen nötig sei, erwidert, daß er ebensolange wie der Landrat von Essen und der Oberbürgermeister von Essen das Recht habe, Befehle und Anordnungen für das Kohlenprodukt zu erteilen. Der Regierungspräsident erklärte heute wiederum, daß weder er, noch eine sonstige amtliche Stelle gesetzlich in der Lage wäre, an der Durchführung der zweiten Verordnung mitzuvollziehen. Die französische Regierung müsse sich darüber mit der deutschen Reichsregierung in Verbindung setzen.

Der französische General gab die Erklärung ab, daß die Besen nicht mehr den Befehlen Berliner Stellen Folge zu leisten hätten, sondern der Besen des besetzten Gebietes. Diese Erklärung wurde mündlich abgegeben.

Der Regierungspräsident erklärte um schriftliche Fixierung, die zugewandt wurde. General Danigues stellte fest, daß weder das Kohlenprodukt noch die Besenbefugnisse in dieser Sitzung vertreten seien. Sodann wurde erklärt, daß sich die Angelegenheit nunmehr sofort mit den Besetzungsstellen in Verbindung setzen sollten, und zwar sollte ein Teil der Ingenieure sofort in das Bureau gehen, um sich über die Unterlagen über die Kohlen- und Eisenproduktion des Jahres 1921 im Verhältnis zu dem des Jahres 1918 zu beschaffen.

Zum Schluß gab der Regierungspräsident ebenso wie gestern Oberbürgermeister Dr. Luther einen feierlichen Protest gegen das Vorgehen der Franzosen ab. Von den hiesigen Bergwerkdirektoren und Werkstätten wurden allefalls auf die erste Lage hingewiesen, die dadurch entstehen kann, daß die Werkstätten geschlossen werden, Reparationsarbeiten zu leisten, nachdem die deutsche Regierung die Erklärung abgegeben hat, daß sie für diese Reparationsarbeiten keine Zahlungen leisten würde. Dadurch können die Werkstätten nicht in den Besitz

der Mittel, um die Sägen auszuheilen zu können. Diese Nichtauszahlung der Sägen werde zweifellos sehr ernste Folgen in sich bergen.

Eine italienische Demarche in Paris?

Rom, 12. Januar.

Das heutige „Giornale di Roma“ bringt angeblich aus sicherer Quelle die Nachricht, daß die italienische Regierung gestern in Paris dem Vorschlag unterbreitet habe, wonach Frankreich, Italien und Belgien sich verständigen sollten, nach der freiwilligen Abtretung Englands Deutschland an einer gemeinsamen direkten Lösung der Reparationsfrage einzulassen. Dieser Schritt Italiens bedeute keine Anerkennung seiner Haltung gegenüber dem französischen Vorgehen an der Ruhr, die nicht zustimmend gewesen sei, noch sei jetzt sel. Der Vorschlag laufe auf eine friedliche Lösung der aktuellen Krise hin und wolle auf dem Wege der Verständigung der feindseligen Mächte die Grundlage für den europäischen Wiederaufbau vorbereiten.

Die Turiner „Stampa“ stellt folgende Mitteilungen zur gegenwärtigen Krise auf: Der englische Vorschlag auf der Vorfeier Konferenz ist, soweit er die Reparationen betrifft, sehr großzügig. Die im Vorschlag Russlands vorgeschlagenen Forderungen wären, wenn sie durch Frankreich kontrolliert würden, während sich England absetzt, höchst gefährlich für Italien. Die von Frankreich geplante Union der beiden und der französischen Großindustrie bildet eine Gefahr für Italien, die sich nur durch einen engen Anschluß Italiens an England abmildern läßt.

Die französischen Vorkämpfer verlangen mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet teils demütigt, teils unbefriedigt mehr politische als wirtschaftliche Ziele. Nicht wäre es Englands Lösung auf rein wirtschaftliche Gründe zurückzuführen, weil England an einem starken Deutschland ebenso wie Italien im Interesse des europäischen Gleichgewichts politisch interessiert ist. Darin stimmt die Politik der Vereinigten Staaten mit der Englands überein.

Paris, 12. Januar.

Wie an maßgebender Stelle kategorisch erklärt wird, ist an allen Verhandlungen über eine Beteiligung der Tschechoslowaken an den Konflikten gegen Deutschland und über Truppenaufmärschen gegen die tschechoslowakisch-deutsche Grenze kein wahres Wort.

Für eifrige Leser

Am Devisenmarkt herrschte starke Verunsicherung, der Wechselkurs war dagegen vorwiegend fest. Der Rohstoffmarkt war sehr still.

Gelsenkirchen ist besetzt. Bochum sollte gestern Abend besetzt werden, ferner bricht man von einer Besetzung Dortmund und Elberfelds.

In Essen fanden zwischen den Besatzungsbehörden, den deutschen Behörden, den Stadtverwaltungen und Vertretern der Industrie Besprechungen statt, die sich auf die Realisierung der Reparationskonten bezogen.

Die französische Rheinfront, die bisher untätig im Cambeser Dafen lag, ist in Ruhrbezirk einsetzbar.

Die für Sonntag nach dem Aufgange in Berlin einberufene Reichstagsversammlung ist vom Berliner Polizeipräsidenten verboten worden. (Mitte, Ders Rassel)

Italien schlägt eine Verständigung über die Reparationsfrage vor, zu der auch Deutschland geladen werden soll.

In England laufen außerordentlich viel Bestellungen auf Rohle ein.

Memel ist von den Russen eingeschlossen.

Der Nationalverband deutscher Soldaten ist auf Grund des Schutzes verboten worden.

Die Entfernung für die Berechnung der Wiedereinstufung wird von 11 auf 9 Kilometer herabgesetzt.

Der D-Tag Milano-Wal ist bei Preben an der Zeile mit einem Güterzuge zusammengefallen. 2 Beamte wurden schwer verletzt.

Dollar amtlich 10368,93 G.

Kriegerische Stimmung auf dem Balkan

Im neuen Zusammenhange mit der Verschärfung der Reparationsfrage hat sich auch die Lage im Orient wieder zugespitzt. Sowohl aus Jugoslawien wie aus Griechenland und aus der Türkei läßt sich kriegerisches Trompetengeläute vernehmen, das ja vielleicht nicht sofort dem Romanenorden überört werden wird, das man aber auch nicht überhören sollte.

Aus Belgrad verlautet — freilich wird es offiziell dementiert —, daß ein Kriegsrat stattgefunden habe und daß das Kabinett Politisch nicht über geneigt sei, auf griechisch-englischer Seite in den Orientkonflikt einzugreifen. Gleichzeitig meldet die „Kathimerini“ in Athen, daß die seit 1914 bestehende Frage der libanonesischen Freizone in Saloniki nunmehr einer den verbündeten Bündnissen entsprechenden Sitzung nahe, nachdem sie erinnerlich, Serbien es abgelehnt hatte, den mit Politisch in Belgrad abgetroffenen Vertrag zu ratifizieren. Nach der „Kathimerini“ wurden 1914 zwei Verträge abgeschlossen, der eine in Athen, der andere in Saloniki. Der erste Vertrag betraf die libanonesische Freizone, die zweite Freizone im griechischen Staatsgebiet, während der andere die libanonesischen Behörden übertrug. Bei den Verhandlungen, die Politisch in Belgrad führte, war der Athener Vertrag zugrundegelegt worden, während nunmehr die Belgrad Regierung wünscht, daß der Saloniker Vertrag berücksichtigt werde. Der libanonesische Generalbeleg ist aus Athen nach Belgrad abgereist und man hofft, daß bei der konstantinopler Sitzung Griechenlands der Vertrag gemäß den libanonesischen Wünschen aufgefunden.

Was Griechenland anlangt, so hat der bisherige Kriegsminister Pangalos den Oberbefehl in Westgriechenland übernommen und es heißt, daß auch Nikiforos, der „Chef der Revolution“, demnächst zu den dortigen Truppen abreisen werde. Der „Kemps“ meint, die dort täglich herbeiströmenden griechischen Kräfte könnten nur den Zweck haben, auf die Türken einen Druck auszuüben, oder gar einen Vorstoß gegen Konstantinopel und Saloniki zu unternehmen. Man müßte sich fragen, ob nicht eine andere Macht (England) hinter diesen griechischen Rüstungen stehe. Auch in Rom soll lebhaft Unruhe wegen der angeblich bevorstehenden griechischen Unternehmungen herrschen, die allerdings in den griechischen Kreisen der Konferenz abgelehnt werden.

Die griechische Presse, nicht nur die belgischste, sondern auch die ihrer Gegner, bringt kriegerische Artikel. So schreibt die „Athinaiki“, das Organ des konstantinopler Generals Mitras, unter dem Titel „Christensturm“: „Sollte die Konferenz in Lausanne abgebrochen werden, so wird ein wesentlicher Umwälzung eintreten, bei dem, wie zu hoffen, Griechenland nicht allein stehen wird. Dieser birgt der Balkanbund. Das ist es zweifelhaft, ob England nicht durch seine innere Lage an einer aktiven Intervention verhindert werden wird. Deshalb muß Griechenland seine Kräfte für einen möglichen neuen Krieg stärken. An den Ufern der Moria kämpfen zwei Maffen um ihre Existenz. Dieser Kampf wird zeigen, ob die Griechen ein der Unabhängigkeit würdiges Volk oder eine für die Sklaverei bestimmte Herde sind.“

Die „Protivna“ (früheres Organ von Sunaris, also ebenfalls konstantinopler) meint, daß die in Anzora herrschende Stimmung wenig Hoffnung auf einen günstigen Ausgang der Konferenz von Lausanne aufweist. Doch befindet sich die Türkei dort, gegenüber der Einheitsfront der kleinen und der Großen Entente, in einer stillen Lage. Vielleicht wird sich Anzora daraus retten wollen, indem es seine letzte Karte spielt. Dann wird wahrscheinlich zunächst Griechenland allein das Schwergewicht eines neuen Zusammenstoßes tragen müssen. Deshalb muß ganz Griechenland seinen Sinn nach der Moria richten, es muß sich mit kriegerischer Geistes erfüllen und ein einziges Meerlager werden. Es darf zur Erfüllung seiner nationalen Ansprüche nicht nur auf das Meer zählen; jeder Grieche muß sich den Räumern anstellen. Ob Griechenland zur Verteidigung der Zivilisation herufen ist, inwiefern wir nicht, wohl aber daß es ein Recht, sein eigenes Dasein zu verteidigen.

Andere, angeblich sehr tendenziöse Nachrichten, melden einen türkisch-kurdischen Aufstand im Maffa-Gebiet gegen die Engländer, Entsendung kampfkräftiger Truppen nach diesem Gebiet sowie Mobilisation neuer Jahrgänge, um den Aufständischen zu Hilfe zu kommen.

Der frühere Finanzminister von Anzora, Galkan Bey, der der Lausener Verhandlung anwesend und von dieser nach Anzora entlohen ist, um der Regierung von Anzora mündlich von dem Stand der Verhandlungen zu berichten, ist am 31. Dezember in Anzora einetroffen.

